Universitäts Zeitung

TU DRESDEN

13. Dezember 1989
32. Jahrgang
Nr. 23 15 Pf

TU im demokratischen Aufbruch

Der Wissenschaftliche Rat unserer Universität trat am 4. 12. 1989 zu seiner 3. Plenartagung zusammen. Im Auftrage des Senats referierte der Rektor, Prof. Dr. sc. techn. Dr. sc. oec. Hans-Jürgen Jacobs, zum Thema „Vorstellungen zur Erneuerung an der TU Dresden". Im Ergebnis einer kritischen Aussprache wurde beschlossen:

1. Bis Ende Februar 1990 sind vorgezogene Neuwahlen der Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates, der Dekane neu zu formierender Fakultäten und der Mitglieder des Senats durchzuführen. Das Plenum dieses neu konstituierten Wissenschaftlichen Rates wird bis zum gleichen Zeitpunkt in geheimer Abstimmung einen Rektor der TU Dresden wählen. Der jetzige Rektor erhielt mit großer Stimmenmehrheit die Legitimation zur weiteren Amtsausübung bis zur Neuwahl und akzeptierte diese Entscheidung des Wissenschaftlichen Rates.

2. Der 1. Sekretär der SED-KL, der 1. Sekretär der FDJ-KL und der Vorsitzende des KV der Gewerkschaft Wissenschaft an der TU Dresden wurden vom Plenum des Wissenschaftlichen Rates als Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates und seines Senats mit sofortiger Wirkung abberufen. Sie waren gemäß den geltenden Bestimmungen aufgrund der gesellschaftlichen Funktionen gesetzte Mitglieder dieser Wissenschaftsgremien.

3. Zur weiteren Ausprägung der Konzeption zur Erneuerung der TU Dresden, zur Überwindung von Erscheinungen der Deformation und der Stagnation sowie zur Erweiterung der Selbständigkeit, der Eigenverantwortlichkeit und der Entscheidungsbefugnisse für notwendige Entwicklungsprozesse an der TU Dresden wurden folgende Arbeitsgruppen gebildet:

- Arbeitsgruppe „Studienprozeß" (Leitung: Prof. Dr. sc. paed. Günter Lehmann)
- Arbeitsgruppe „Leitungs- und Strukturorganisation" (Leitung: Prof. Dr. sc. oec. Fritz Heinrich)
- Arbeitsgruppe „Wissenschaftlicher Nachwuchs" (Leitung: Prof. Dr. sc. techn. Heinz Töpfer)
- Arbeitsgruppe „Wissenschaftsentwicklung" (Leitung: Prof. Dr. rer. nat. habil. Werner Berger)

Die Arbeitsergebnisse werden in einem Gesamtkonzept zusammengefaßt und dem Plenum des neu gewählten Wissenschaftlichen Rates im Februar 1990 zur Beratung und Bestätigung vorgelegt.

4. Die Präsenz der TU Dresden in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit ist durch eine aktivere Nutzung der Medien prinzipiell und sofort zu verbessern; damit sind die Positionen und die Mitverantwortung der TU Dresden für die Entwicklung der gesellschaftlichen Erneuerung in unserem Lande deutlicher darzustellen.

*

Zur Berufung des ehemaligen 1. Kreissekretärs der SED, Dr. Rudi Vogt, erklärte sich der Rektor in folgender Weise: „Honorardozent Dr. Vogt ist in Übereinstimmung mit den geltenden Rechtsvorschriften durch den ehemaligen Minister auf meinen Antrag hin zum Honorarprofessor berufen worden. Ich habe dazu die zuständige Fakultät für Gesellschaftswissenschaften nicht konsultiert, was nach den geltenden Bestimmungen auch nicht zwingend gefordert wird. Ich ging davon aus, daß Prof. Dr. Vogt zum Zeitpunkt der Antragstellung das Vertrauen der Fakultät und des Senats besaß. Die nicht erfolgte Anhörung der Fakultät war aber ein Verstoß gegen die innerhalb der TU festgelegten Verfahrensweisen. Ich erkenne darin in Übereinstimmung mit dem Senat einen von mir begangenen Fehler. Dafür trage ich die Verantwortung. Da die Möglichkeit einer Lehrtätigkeit für Prof. Dr. Vogt an der Universität nicht mehr gegeben ist, habe ich in Übereinstimmung mit Senat und Fakultät den Antrag auf Abberufung von Professor Vogt aus der nebenamtlichen Hochschullehrertätigkeit beim Minister gestellt. Eine entsprechende Erklärung liegt dem Senat vor."

*

Entsprechend den Erkenntnissen der Plenartagung verfaßte der Rektor im Auftrag und Namen des Wissenschaftlichen Rates nachstehende Erklärung:

„Eine verantwortungslose, angemaßte Partei- und Staatsführung hat unser Land an den Rand des gesellschaftlichen Ruins getrieben. Die nationalen und internationalen Auswirkungen sind nicht abzusehen. Viele der von dieser Clique eigens für ihre Ziele aufgebauten Strukturen sind noch wirksam, behindern die Aufdeckung von Verbrechen und erst recht den Neubeginn. Wir stimmen mit jenen überein, die in unserem Land sich dafür aussprechen, Arbeit und konstruktive Überlegungen jetzt an die erste Stelle zu setzen. Dabei geht es um die Zerschlagung der volksfeindlichen Deformationen unserer Gesellschaft und um einen demokratischen Neubeginn für unser Land, das nach unserem Willen ein Staat des ganzen Volkes sein soll. Ausgehend von unserer Verantwortung für die Zukunft der Universität und gestützt auf die Ergebnisse der Tagung des Wissenschaftlichen Rates der TU Dresden vom 4. 12. 89 erklären wir:

1. Grundbedingungen für die künftige Entwicklung unserer Universität sind ihre Autonomie sowie allseitig demokratische Struktur und Leitung. Das entspricht der Rolle der Wissenschaft in einer hochzivilisierten Gesellschaft. Damit sind geistige Enge und administrative Restriktionen zu überwinden, wissenschaftliche Kompetenz, Demokratie, Persönlichkeit und Sozialismus zum Maßstab der Dinge zu machen.

2. Autonomie, das ist Garantie für die Unantastbarkeit des wissenschaftlichen Gewissens, ist Bildung und Forschung entsprechend der internationalen Wissenschaftsentwicklung, enthält das Recht, bestehende Erkenntnisse wissenschaftlich begründet in Frage zu stellen.

3. Autonomie verstehen wir als Aufgabe, ein eigenes, für kreative Wettbewerbsfähigkeit geeignetes, Bildungsprofil zu schaffen und der Wissenschaft in unserem Lande zur ihr gebührenden Rolle zu verhelfen.

4. Demokratisierung an der Universität heißt neue Rolle des Wissenschaftlichen Rates als wissenschaftliches Parlament der Universität, zuständig für alle grundlegenden Entscheidungen. An erster Stelle sind Bildungsfragen hohe Angelegenheit des Rates.

5. Demokratisierung schließt ein die aktive Rolle unabhängiger, demokratisch bestimmter Studentenvertretungen mit Sitz und Stimme im Wissenschaftlichen Rat und Senat.

6. Demokratie an der Universität heißt nicht zuletzt Öffentlichkeit zu allen Fragen der Leitung und der Tätigkeit der Universität.

Wir bekennen uns zum Primat der akademischen Bildung an der TU Dresden, zur kategorischen Hinwendung ihrer Arbeit zu den Studenten und ihrem Studium. Es geht um ein neues Selbstverständnis unserer Universität als ‚universitas litterarum technicarum'. Unter Gesichtspunkten der Einheit der Wissenschaft muß der Breite und Eigenständigkeit der Wissenschaftsgebiete mit einem Wirkungsfeld Rechnung getragen werden, das der internationalen gesellschaftlichen, darunter auch wissenschaftlich-technischen Entwicklung entspricht.

Die ständige Erneuerung des geistigen Potentials in der Triade Studentenschaft, wissenschaftlicher Nachwuchs und Hochschullehrer ist erstrangige Aufgabe. Dementsprechend gehört auch die Umverteilung von Mitteln des Staatshaushalts zugunsten der Wissenschaftsentwicklung zu unseren Forderungen. Wir werden in Übereinstimmung mit den Ergebnissen und Beschlüssen der letzten Tagung des Wissenschaftlichen Rates bis zu dessen Neuwahl im Februar 1990 in diesem Sinne unsere Verantwortung wahrnehmen. Mit der Bildung von vier Arbeitsgruppen anerkannter Hochschullehrer sollen in kurzer Frist erste Lösungen für schnell spürbare Veränderungen erreicht werden. Wir bekennen uns im Sinne dieser Erklärung uneingeschränkt und rückhaltlos zur Erneuerung der TU Dresden und zur Zusammenarbeit mit allen, die diesen Weg unterstützen."

Des weiteren sandte der Rektor im Auftrage des Wissenschaftlichen Rates folgendes

Offenes Telegramm

an den Präsidenten der Volkskammer der DDR, Dr. Maleuda: „Sehr geehrter Herr Präsident! Von der heutigen Tagung des Wissenschaftlichen Rates der TU Dresden ersuchen wir Sie, für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung der DDR folgenden unseren Standpunkt zur Kenntnis zu nehmen: Unser Land soll ein sozialistischer Staat aller Bürger sein, zu dessen Entwicklung wir als Wissenschaftler und Studenten unsere volle Leistung und Verantwortung beisteuern werden. Dies sollte nicht durch eine in der Vergangenheit mißbrauchte Formel vom Arbeiter-und-Bauern-Staat behindert werden. Deshalb ist der Artikel 1 der Verfassung so zu formulieren, daß die Wissenschaft nie wieder in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt werden kann."

Um wieder aufrecht gehen zu können!

Von Prof. Dr. sc. paed. Wolfgang Hübe, Delegierter des Außerordentlichen Parteitages der SED

Das Ergebnis der dramatischen Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1989 des außerordentlichen Parteitages der SED liegt für jedermann nachlesbar vor. Lesehilfe verbietet sich. Die Bedeutung dieses Ergebnisses ist niemandem einredbar. Jeder wird sie für sich in so schicksalhafter Stunde unseres Volkes zu erfassen haben.

Ich möchte wenige Stunden nach dem Beginn und fünf Tage vor der Fortsetzung etwas über meinen Weg zu diesem so ganz außerhalb bisheriger „Ordnung" liegenden Parteitag sagen, von ähnlichen persönlichen Wegen wissend: Das immer schmerzlichere Erleben von Deformationen in der Ökonomie und Ökologie, in der Kultur und Wissenschaft, in der Bildung, dem Alltagsleben, den Werten, die letztendlich in der Deformation des Menschen zusammenzuschmelzen drohte, drängte nach Aufdeckung der **objektiven** Ursachen dafür. Als Kern der Ursachen wurde für mich deutlich, um es kurz zu sagen, der monopolistisch von der SED-Führung allen Lebensbereichen innerhalb und (über diese) außerhalb der Partei aufgeprägte sowie von vielen befolgte **Stalinismus**. In qualvoller Auseinandersetzung mit mir selbst entschied ich mich zu schonungsloser Offenlegung und Benennung dieser Ursache. Das mir in geheimer Wahl gegebene Vertrauen vieler Parteimitglieder sowie das Wort vieler Mitarbeiter gaben mir angesichts der unserer Heimat drohenden Gefahr die Kraft für diesen Weg. Ich schwor mir, nicht zuerst das Parteidokument, sondern zuerst mit Gleichgesinnten die Wahrheit auf den Tisch zu legen, damit wir eine moralische Grundlage erlangen, um wieder aufrecht gehen zu können.

So saß ich voller Ungewißheit ob des Erreichbaren im Bus nach Berlin mit den folgenden drei abgegebenen Versprechen:

1. Konsequente Aufdeckung der objektiven Ursachen und Rechenschaft von Verursachern.
2. Sicherheiten zur Verhinderung der stillen Fortsetzung einer solchen Entwicklung.
3. Gewinn von Handlungsfähigkeit einer neuen Partei mit neuem Namen.

Um 0 Uhr, also dem Ende des 8. und der Geburt des 9. Dezember 1989, trat in der Diskussion der Delegierten eine kritische Lage ein. Es offenbarte sich die Lage in der Partei, die Schwierigkeit des verantwortungsbewußten Umgehens mit den gewonnenen Freiräumen alternativen Denkens und Handelns. Es stand die Frage: Auflösung oder Neubeginn der Partei mit neuem Inhalt, neuer Struktur und erst darauf folgend mit neuem Namen? Laufen wir auseinander oder stellen wir uns in die Verantwortung?

Nach heftigen Pausendiskussionen untereinander und Auseinandersetzungen mit dieselben zu Mitgliedern in den engen Gängen der Dynamo-Sporthalle traten wir um 1 Uhr zu einer zeitweilig geschlossenen Beratung zusammen. In ihr bat Hans Modrow um's Wort und nannte mit wenigen Sätzen die Dinge beim Namen. Wir, vor Minuten noch widersprüchlichster Position, erhoben uns geschlossen von den Plätzen und stellten uns einstimmig in die Verantwortung: Keine Spaltung, eine neue sozialistische Partei, die sich in die alternativ zu gestaltende humanistische, soziale und demokratische Gesellschaft gemeinsam mit anderen einbringen will und kann. Die wieder öffentliche Fortsetzung der Diskussion gewann an Inhalt und Konstruktivität.

Mit der Wahl des Vorsitzenden, des Vorstandes und der Schiedskommission erhielt die sich faktisch neu gründende Partei ein Haupt auf die Schultern, um handlungsfähig zu sein, noch ohne Statut und ohne Programm. Eine ungewöhnliche Reihenfolge. Erzwungen durch ungewöhnliche Umstände, für die sich das alte Politbüro am 16. 12. 1989 vor dem Parteitag zu verantworten hat. Mit tiefer innerer Bewegung verabschiedeten wir das in ernster, leidenschaftlicher, zutiefst menschlicher Atmosphäre erstrittene Positionspapier des ersten Tages und dankten dem Vorsitzenden für die Übernahme dieses Amtes mit der Überreichung eines Besens an Stelle von Blumen. „Wartet nicht auf die Linie von oben, erstreiten wir sie an der Basis", waren die letzten Worte dieser Beratung.

Mit ersten Positionspapieren z. B. zur Umwelt, Bildung, Wissenschaft sollten wir Delegierten, die an der TU Dresden arbeiten, am Abend des 15. Dezember 1989 zur Fortsetzung des außerordentlichen Parteitages fahren.

Nicht nur in eigener Sache

Liebe Leser!

Auch unter uns Mitarbeitern der Redaktion herrschen Empörung, Scham und Entsetzen über die katastrophale Hinterlassenschaft korrupter, gewissenloser Parteipolitiker und „Staatsmänner". Auch uns erfüllen Zorn und Betroffenheit angesichts dessen, jahrelang mißbraucht worden zu sein, unbewußt Schützenhilfe gegeben zu haben für die verbrecherischen Theorien und Praktiken einer stalinistischen Führungsbande.

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem grundlegenden, demokratischen Aufbruch. Zu diesem befreienden, radikalen Erneuerungsprozeß, der auch an unserer Universität zunächst noch recht zaghaft beginnt, wollen wir wirksam beitragen.

Mit der ersten Nummer im neuen Jahr will sich die Zeitung der Universität ihren Lesern unter neuer Herausgeberschaft, vielleicht auch mit neuem Namen und Gewand vorstellen. Sie will in völlig neuem Spielraum, frei von jeglichem Dirigieren und Hineinreden, frei von allen Eingriffen künftig nur noch Ihre Zeitung sein! Offen für alle Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Gruppierungen an der TU im gemeinsamen Verständnis für eine unumkehrbare demokratische Erneuerung auf der Basis der DDR-Verfassung. Die „Neue" braucht dazu auch breite demokratische Mitarbeit. Sie öffnet sich allen, in erster Linie auch den Studenten und ihren Interessenvereinigungen.

Ein neuer Aufbruch hat begonnen. Wir wollen tatkräftig dabeisein. Schenken Sie uns, liebe Leser, dazu Ihr Vertrauen, Ihre Ideen und Initiativen. Im Interesse unseres Landes und unserer Universität, denen unser Herz gehört.

Die Redaktion

Was Gewerkschafter jetzt energisch fordern

Nun liegen die Entwürfe des Aktionsprogramms, der neuen Satzung und der neuen Wahlordnung des FDGB vor. Es sind erste Diskussionsmaterialien, die einer weiteren Präzisierung und inhaltlichen Ausgestaltung bis zum außerordentlichen FDGB-Kongreß bedürfen. Jedenfalls wurde damit auf Grundforderungen auch unserer Gewerkschaftskollektive reagiert. Jetzt sind die Meinungen unserer Gewerkschaft dazu gefragt.

Zum Standpunkt des Kreisvorstandes, unterbreitet auf der Vertrauensleutevollversammlung am 7. 11. 1989, erhielten wir viele Stellungnahmen von Gewerkschaftskollektiven und -leitungen, die zwar vielfach Vertrauensschwund ausdrücken, aber alle konstruktiv zum Erneuerungsprozeß beitragen. Sachlich, kritisch und fordernd sind folgende Fragen in der Diskussion:

- Was erwarten wir von den Gewerkschaften insgesamt?
- Was erwarten wir von der Gewerkschaft Wissenschaft?
- Was erwarten wir von der Universitätsgewerkschaftsleitung und den BGLs?

Bis jetzt heben sich folgende Positionen ab:

1. Unsere Gewerkschafter sind für die **Eigenständigkeit** der IG und Gewerkschaften unter einem einheitlichen Dachverband FDGB. Die umfassende Interessenvertretung und Mitbestimmung in der Gewerkschaft Wissenschaft aller Ebenen vollzieht sich, von der Basis ausgehend, auf der Grundlage demokratischer Prinzipien. Wichtige Entscheidungsvorlagen sind erst an der Basis zu diskutieren und dann zu beschließen. Bei der Überarbeitung des AGB müssen die gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten sowie ihre Kontrollfunktion konkreter gefaßt werden. Wir brauchen stärkere Autorität des staatlichen Leiters zur Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips. Das ausstehende **Gewerkschaftsgesetz** muß neben den ausgewiesenen Aspekten (siehe „Tribüne" vom 1. 12. 1989) durch die Schutzfunktion gegenüber den vielen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionären erweitert werden.

Die Frage steht: **Brauchen wir künftig ein Streikrecht?** Noch wissen wir zuwenig von künftigen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir fordern die Kollektive auf, sich zu Fragen des Streikrechts als äußerste Maßnahme mit vorgelagerten Schlichtungsebenen zu positionieren!

2. Die Gewerkschaft Wissenschaft muß zum **Interessenvertreter aller** Arbeiter, Angestellten und Wissenschaftler werden. Die Stellung der Wissenschaft und des Wissenschaftlers in der sozialistischen Gesellschaft sollte aus gewerkschaftlicher Sicht auf die Entwicklung einer hohen Leistungsfähigkeit bei der Ausbildung von Hochschulkadern und zu spezifischen Formen der Forschung an Hochschuleinrichtungen gerichtet sein. Das muß sich auch in der Verfassung widerspiegeln. Die dialektische Einheit von Ausbildung und Forschung und die sich daraus abzuleitenden Beziehungen zur Praxis sowie in den internationalen Verbindungen erfordern eine neue Positionsbestimmung. Akademische Formen der Planung und Leitung wissenschaftlicher Prozesse sowie der **notwendigen** Administration erfordern neue universitätsgemäße Strukturen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Spürbare Verbesserungen für Mensen in Sicht?

UZ fragte nach beim KV der Gewerkschaft

In der UZ vom 15. November 1989 (Seite 4) veröffentlichten wir einen Offenen Brief des Kollektivs Mensa Bergstraße an den Verwaltungsdirektor. Die Kollegen sprachen darin über ihre Sorgen und machten zugleich Vorschläge, wie die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern sind. Wir meinen, Mensa-Sorgen geh'n uns alle an! So überschrieben wir ebenfalls in der Ausgabe vom 15. November (Seite 5) einen Beitrag, der schildert, unter welchen Bedingungen die Kolleginnen und Kollegen täglich die Essenversorgung sichern und mit welchen Problemen die Mensa Mommsenstraße täglich kämpft. Änderungen sind dringend notwendig. Wir fragten deshalb beim Kreisvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft nach und wollten wissen, wie sich die Gewerkschaft an der TU für die berechtigten Belange ihrer Mitglieder einsetzt. Von Ria Ringel, Sekretär des KV, erfuhren wir dazu:

Der auf der Vertrauensleutevollversammlung vom 7. 11. 89 durch Kollegin Wolf verlesene Offene Brief war uns Anlaß, der Sache nachzugehen. Wie wir erfuhren, gab es als erste Reaktion auf diesen Brief ein Gespräch zwischen dem Verwaltungsdirektor und dem Kollektiv der Mensa Bergstraße. Aber dazu waren weder ein Vertreter der AGL, der BGL noch des Kreisvorstandes eingeladen worden. In einem Gespräch des Kreisvorstandes mit dem Kollektivleiter, Kollegen Schulz, war zu erfahren, daß von Seiten des Verwaltungsdirektors Absichtserklärungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen abgegeben wurden, konkrete Maßnahmen dazu jedoch nicht formuliert wurden. Es wurde lediglich festgelegt, das neue Essenmarkensystem abzuschaffen.

Bleibt festzustellen, daß vier Wochen nach Veröffentlichung des Briefes praktisch keine spürbaren Ergebnisse vorliegen. Wir als Kreisvorstand erklären uns damit nicht einverstanden!

Dem Kollektivleiter haben wir deshalb vorgeschlagen, uns schnellstens mit Vertretern aller Mensa-Kollektive an einen Tisch zu setzen, um selbst entsprechende Maßnahmen zur Veränderung der unhaltbaren Zustände festzulegen (mit einer Rang- und Reihenfolge ihrer Realisierung).

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Partei grundlegend verändern

Doz. Dr. Streitenberger, 1. Sekretär, Delegierter des Außerordentlichen Parteitages der SED, auf der KDK am 2. 12.

Unsere Gesellschaft und unsere Partei sind in eine schwere Krise geraten. Das Ungeheuerliche und für viele nicht Faßbare daran ist, daß dies unter Führung einer sich seit Beginn der 70er Jahre „kommunistisch" begreifenden Partei geschah. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist zutiefst enttäuscht, schockiert und fühlt sich betrogen. Viele ältere Genossen zerbrechen daran, daß sie ihr Lebenswerk vernichtet sehen. Unsere Wirtschaft befindet sich in einem desolaten Zustand. Die Infrastruktur ist völlig veraltet und ungenügend entwickelt, das Gesundheitswesen ist nicht weit vom Zusammenbruch entfernt, die gesellschaftlichen Kräfte zersplittern sich und werden im Sinne aktiver Veränderungen immer weniger handlungsfähig.

Man kann an die Einschätzung der Situation pessimistisch herangehen, man kann aber auch sagen, daß sich mit der beginnenden gesellschaftlichen Umgestaltung die Chance für einen echten, ehrlichen, humanistischen, demokratischen Sozialismus ergibt. Der 1. außerordentliche Parteitag der SED wurde praktisch durch die Parteibasis einberufen, und schon das macht die Dramatik der Situation deutlich. Auf zwei Hauptursachen der Krise unserer Gesellschaft und unserer Partei muß man mit aller Deutlichkeit hinweisen, denn sie sind auch der Ausgangspunkt der Bewertungen, die der ao. Parteitag vornehmen muß. Manche glauben, daß es an Fehlern liegt, die irgendwann in den letzten Jahren gemacht wurden oder daran, daß der XI. Parteitag die Chance einer veränderten Politik vergab. Das mag für Detailfragen zutreffen, geht aber am eigentlichen Kern vorbei.

Tatsache ist, daß durch Genossen der Parteiführung unter Mißbrauch des Apparats und der vorhandenen bürokratischen und stalinistisch geprägten Strukturen, der Parteidisziplin und des Statuts, unter dem Deckmantel der Einheit und Reinheit der Partei ein Machtgefüge installiert wurde, das Amts- und Machtmißbrauch, Unterdrückung parteilicher Meinungen, Maßregelungen von Mitgliedern und Kandidaten, subjektivistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Medienpolitik und auch persönliche Bereicherung zuließ. Ursache dafür ist in erster Linie das in der Partei vorherrschende und auf die Wirtschaft, ja Gesellschaft, übertragene Kommandosystem, immer verbrämt und verschleiert durch das Prinzip des demokratischen Zentralismus.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Grundsätze für eine radikale Erneuerung der Universität in der DDR

Offener Brief an den Minister für Bildung, Prof. Dr. sc. Emons

Die Universitäten unseres Landes in ihrer gegenwärtigen Verfassung – so auch die TU Dresden – gleichen einem todkranken Patienten. Weitere Versuche homöopathischer Therapie – wie z. B. im Vorschlag des Rektors der TU Dresden vom 6. 11. 1989 in 28 Punkten verordnet – sind chancenlos; ein gut überlegendes Chirurgenteam muß her, welches kurz entschlossen schneidet, um an Haupt und Gliedern gleichermaßen solche radikalen Einschnitte vorzunehmen, die Hoffnung auf Genesung und glückliches Leben in der Zukunft bescheren.

Eine radikale Erneuerung der Universität in der DDR sollte nach folgenden Grundsätzen in Angriff genommen werden:

- Universitäten sind keine Parteihochschulen der SED; es kann keinen „Führungsanspruch" der SED über eine eigene Kreisleitung gegenüber den Wissenschaftlern und Studenten geben. Wissenschaft darf nicht mehr Instrument oder Werkzeug einer Partei sein! Schluß mit Artikel 1 auch und gerade an den hohen Schulen unseres Landes.
- Die staatliche Universität in der DDR muß selbständig in eigener akademischer und ökonomischer Verantwortung Lehre und Forschung betreiben. Radikaler Bruch mit der gegenwärtigen Praxis eines administrativen Überzentralismus im Entscheiden von Inhalt und Richtungen wissenschaftlicher Arbeit, der aus „Warten auf Weisung" resultierender Tatenlosigkeit in allen Strukturebenen vom Rektor bis zu den Lehrstuhlleitern.
- Die Universität sollte nach Fakultäten und Lehrstühlen (wieder) organisiert werden, bei deren umfassender Selbstverwaltung und Eigenerwirtschaftung eines großen Teiles der Mittel in Realisierung des sozialistischen Leistungsprinzips. Unmittelbares materielles Interesse an eigenen Einnahmen aus Forschung und Weiterbildung für die Lehrstühle statt gegenwärtiger Praxis des Speisens eines großen anonymen Uni-Topfes und dessen zentral administrierter Verwendung!

Berufung der Hochschullehrer und Beschäftigung eines Großteils der wissenschaftlichen Mitarbeiter zeitlich begrenzt.

- Profilbestimmung von Lehre und Forschung durch die frei gewählten wissenschaftlichen Leitungsgremien der Universität. Bestimmung der Studieninhalte durch die Fachrichtungsleiter bei Bestätigung durch den entsprechenden Dekan.

Festlegung von Maximalfristen für durch die Studenten zu erbringenden Leistungsnachweise in den zu belegenden Disziplinen/ akademischen Fächern.

An der Universität steht die akademische Wissensvermittlung im Vordergrund; Erziehung zu umfassender Aktivität, Engagement für die Wissenschaft und ihre produktive Nutzung zur Fähigkeit, Probleme zu erkennen und selbständig lösen zu können, zu Humanismus

(Fortsetzung auf Seite 2)

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden
http://digital.slub-dresden.de/id250664135-19890000/127